



01/2022

DIE AKUTE PANIKSTÖRUNG DES UMWELTBUNDESAMTES

Sankt Augustin, 24. Februar 2022 Alle Jahre wieder versetzt das Bundesumweltamt die Republik in Schrecken und Hysterie. Dann lässt die nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums das Feinstaubmonster los. Zunächst auf die Presse, danach über die dadurch ausgelöste breite mediale Berichterstattung auf die Bevölkerung. Nach der Verteufelung des Dieselmotors will UBA Präsident Messner jetzt aktuell dem Kaminfeuer den Garaus machen. Der gelernte Politikwissenschaftler forderte zum Verzicht auf, Holz zu verheizen. Denn die Feinstaubbelastung in Deutschland würde durch Kamine stärker forciert als durch Autos. „Kamine tödlicher als Autos“ titelten die Medien daraufhin. Die konnten ihre verunsicherten und verängstigten Zuschauern, Zuhörern oder Lesern nach diesem Schreckensszenario auch nicht mit der zeitgleichen Feststellung des UBA beruhigen, die Luftschadstoff-Emissionen seien in Deutschland auf ein Rekordtief gesunken. Bad news sind und bleiben eben good news.

Als Vertreter des deutschen Kamin-, Ofen- und Luftheizungsbauerhandwerks fragt man sich angesichts einer solchen Panikattacke, warum eine Bundesbehörde Holz als die Nummer Eins der nachwachsenden Rohstoffe in Deutschland und damit unverzichtbarer Faktor für die von der Politik ausgerufene Wärmewende so verteufelt. Das UBA selbst weist den Anteil der Holzfeuerung an den Feinstaubemissionen in Deutschland mit 8,2 Prozent aus. Die Einzelraumfeuerstätten – also die Kamine – machen dabei 6,5 Prozent aus. Berechtigt ein solcher Anteil an den „Luftschadstoffen auf Rekordtief“ (UBA) wirklich dazu, a priori die Zielerreichung der Klimaneutralität im Wärmemarkt zu konterkarieren, die ohne eine energetische Biomassestrategie nicht zu realisieren ist, wie auch die Entscheider in den dafür relevanten Bundesministerien wissen? Und was sollen Betroffene in den Flutgebieten davon halten, die sich lange Zeit nur mit holzbetriebenen Feuerstätten gegen die Kälte dieses Winters wappnen konnten oder auch Vertreter des Katastrophenschutzes, die genau aus diesem Grund sogar allgemein empfehlen, für Notfälle einen von Strom- und Gasnetzen unabhängigen Holzofen vorzuhalten?

Nun lässt sich argumentieren, jedes vermeidbare Partikel bei einer Holzverbrennung sei eines zu viel. Dem stimmen wir zu. Wir sind nur überzeugt, dass sich der vergleichsweise geringe Anteil der Luftbelastung durch Kamine auch ohne Verbote schnell und effektiv weiter reduzieren ließe. Der Entwicklungsfortschritt bei Feuerstätten und Filtern ermöglicht es längst, den Feinstaubausstoß durch Holzwärme massiv zu begrenzen. Das UBA könnte etwa der zuständigen Umweltministerin empfehlen, die Austauschverpflichtung für alte Öfen endlich zu regeln. Die alten Öfen bollern immer noch weiter und emittieren mehr Feinstaub als neue Öfen, weil hier immer noch Ausnahmeregelungen für Altanlagen greifen. Und warum fehlen bis heute gesetzliche und technische Vorgaben für aktive oder passive Filtertechnik (im Ofen oder im Schornstein)?

Dann bliebe nur noch ein Verursacher unnötiger Feinstaubemissionen aus dem Kamin: Der Betreiber selbst. Hier würde Aufklärung und Kontrolle helfen. Aber auch hieran mangelt es. Insbesondere Verbraucher, die im Netz oder in Baumärkten kaufen, erhalten meist weder eine Fachberatung darüber, welche Feuerstätte aus energetischer Sicht für ihr Gebäude und Ansprüche geeignet ist, noch werden sie in die praktische Benutzung der Feuerstätte vom Fachmann eingewiesen ("Feuertaufe"). Die ist bislang nur obligatorisch, wenn die Verbraucher eine Feuerstätte vom Fachhandwerk beziehen. Helfen würde in dem Zusammenhang auch eine Meldepflicht über durch die Fehlbedienung der Feuerung geschädigte Kamine mit Schulungsverpflichtung.

Das zeigt: eine besonnene Beratung der Politik ist in der Regel zielführender als eine reine Panikmache. Das UBA kann sich in diesem Sinne noch sehr nützlich machen.

Helmut Bramann ist Hauptgeschäftsführer des ZVSHK

Portrait zum Download <https://www.zvshk.de/bilderhauptamt/>